

IKZM – eine Systemeinordnung aus Sicht regionaler Implementierbarkeit



Autor: Timo Fichtner



IKZM-Oder Berichte

52 (2008)

IKZM – eine Systemeinordnung aus Sicht regionaler
Implementierbarkeit

- Reflexionspapier -

von

Timo Fichtner

Hochschule Neubrandenburg
Fachbereich LGGB
Brodaer Straße 2
17033 Neubrandenburg

Neubrandenburg 2008

Impressum

Die IKZM-Oder Berichte erscheinen in unregelmäßiger Folge. Sie enthalten Ergebnisse des Projektes IKZM-Oder und der Regionalen Agenda 21 "Stettiner Haff – Region zweier Nationen" sowie Arbeiten mit Bezug zur Odermündungsregion. Die Berichte erscheinen in der Regel ausschließlich als abrufbare und herunterladbare PDF-Files im Internet.



Das Projekt "Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion (IKZM-Oder II)" wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter der Nummer 03F0465 gefördert.



Die Regionale Agenda 21 "Stettiner Haff – Region zweier Nationen" stellt eine deutsch-polnische Kooperation mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung dar. Die regionale Agenda 21 ist Träger des integrierten Küstenzonenmanagements und wird durch das Projekt IKZM-Oder unterstützt.



Herausgeber der Zeitschrift:
Eucc – Die Küsten Union Deutschland e.V.
Poststr. 6, 18119 Rostock, <http://www.eucc-d.de/de/>
Dr. G. Schernewski & N. Stybel

Für den Inhalt des Berichtes sind die Autoren zuständig.

Die IKZM-Oder Berichte sind abrufbar unter <http://ikzm-oder.de/> und <http://www.agenda21-oder.de/>

ISSN 1614-5968

Inhalt

1. Einleitung.....	2
2. Der IKZM-Ansatz.....	3
2.1 Definitive Ebene – Auswertung von Bundes- und Länderstrategien zum IKZM	3
2.2 Implementierungsebene – Strukturen und Akteure in Küstenregionen	5
3. IKZM-Umsetzung auf regionaler Ebene = Regional Governance im Küstenraum?	6
4. Schlussfolgerungen – Einordnung des IKZM und Anforderungen hinsichtlich einer regionalen Umsetzung	9
Verwendete Literatur:	12
Anhang 1: IKZM-Definitionen nach Administrationsebenen.....	14
Anhang 2: Aufgaben, Grundsätze und Handlungsprinzipien zum IKZM	15

1. Einleitung

Zum Integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM) existiert eine Vielzahl von Zielen, Prinzipien und Grundsätzen in der Publikationslandschaft. Jedoch bleiben bislang die Fragen, was IKZM im Kern letztendlich ist und wie es konkret funktioniert, nur unbefriedigend beantwortet.

Im Rahmen des Projektes „Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion (IKZM Oder)“ hatte die Hochschule Neubrandenburg die Aufgabe übernommen, den Kontakt zu den regionalen IKZM-Stakeholdern herzustellen. IKZM als Ansatz der Küstenentwicklung war (erwartungsgemäß) in der Region kaum bekannt (vgl. Dehne / Fichtner Empfehlungen für die Implementierung eines IKZM in der Odermündungsregion. 2008, S.4). Entsprechend ergab sich rasch ein Dilemma: Wie soll man einen Ansatz gegenüber regionalen Akteuren kommunizieren, der selbst unter den beteiligten Fachleuten und Forschern nicht klar umrissen ist?

Die grundlegenden Schwierigkeiten, die die derzeitigen Beschreibungen zum IKZM mit sich bringen, haben auch andere Untersuchungen aufgezeigt. So diagnostizierten Wissenschaftler des GKSS Forschungszentrums in Geesthacht eine generelle große Unwissenheit bzw. Nichtbeachtung gegenüber IKZM (vgl. Bray et al. 2007, S. 13), wurde IKZM-Strategien in Europa ungenügende „practical operational relevance“ attestiert (Firn et al. 2000 S.7) und ergab die Auswertung einer Umfrage von 2007 unter Fachleuten zu den IKZM-Perspektiven in Deutschland, dass sich der politische Gestaltungs-Prozess „noch im Anfangsstadium befindet“ (Bruns 2007, S.5).

Für die zentralen Punkte bleibt nach wie vor eine Klärung anhängig: Wo ist das IKZM im System der räumlichen Planung nun wirklich einzuordnen und was kann man in der Konsequenz an das IKZM für Erwartungen richten? Wo liegen die Einsatzmöglichkeiten aber auch dementsprechende Grenzen?

Der Artikel soll einer Annäherung an die Beantwortung dieser Fragen dienen.

Dafür wurden strategische Aussagen in IKZM-relevanten Dokumenten von Bund und Küstenländern ausgewertet und aus dieser Analyse Schlussfolgerungen gezogen.

Die zentrale Frage hinter all diesen Überlegungen ist, wie es gelingen kann, regionale Akteure, die – aller wissenschaftlichen Vorleistungen zum Trotz – ein IKZM letztendlich mitgestalten und verwirklichen müssen, zur Einrichtung eines IKZM zu bewegen. Ein entsprechendes Gewicht liegt demnach auf der Frage zur Partizipation der Stakeholder.

2. Der IKZM-Ansatz

2.1 Definitive Ebene – Auswertung von Bundes- und Länderstrategien zum IKZM

Für die Auswertung der IKZM-Beschreibungen in Deutschland (siehe Anhänge 1 und 2) wurden mehrere strategische Papiere von Bundesregierung und den Küstenländern zum IKZM analysiert¹. Dabei wurde bewusst auf wissenschaftliche Veröffentlichungen verzichtet, um vor allem die Sichtweise der politischen Entscheidungsträger auf das Thema in den Mittelpunkt zu rücken und ein Bild der Umsetzungstendenzen in Deutschland zu zeichnen.

Obwohl sich einige Punkte widersprachen, lassen sich nach Auswertung der bestehenden Aussagen folgende weitgehend übereinstimmende Kernmerkmale und Realisierungsprämissen festhalten:

1. Definierte Kernmerkmale:

- IKZM ist ein Prozess.
- IKZM ist kontinuierlich, also auf Dauer angelegt und damit zeitlich nicht begrenzt.
- Die räumliche Dimension steht beim IKZM im Vordergrund. Kernaufgabe ist der Umgang mit raumbedeutsamen Aspekten in Küstenzonen.
- IKZM ist informeller Natur, fußt also nicht auf Verfahrens- und Rechtsvorschriften.
- IKZM ist kein eigenständiges Planungsinstrument.

2. Realisierungsprämissen:

- IKZM folgt einem ganzheitlichen Ansatz (sachlich und räumlich).
- Die Integration verschiedenster (sektoraler) Belange soll im IKZM erfolgen.
- Es sollen in die IKZM-Umsetzung alle (relevanten) Akteure einbezogen werden.
- IKZM hat eine starke kommunikative Komponente.
- Hervorgehobene Aufgaben sind Moderation und Konfliktmanagement.

¹ Die Analyse umfasste folgende Dokumente:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU): Integriertes Küstenzonenmanagement in Deutschland – Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement. Bonn 2006

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Integriertes Küstenzonenmanagement in Schleswig-Holstein. Kiel 2003

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Raumordnungsbericht Küste und Meer. Kiel 2006

Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern: Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2005

Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Regierungsvertretung Oldenburg): Raumordnungskonzept für das niedersächsische Küstenmeer – Stand 2005.

Damit ergeben sich bereits einige Konsequenzen zur Einordnung des IKZM:

- Das IKZM selbst besitzt keinen Projektcharakter (wobei die Option zur projektorientierten Arbeitsumsetzung offen bleibt).
- Es ist aufgrund des informellen Charakters jenseits von gesetzlichen Regelungen regional ausgestalt- und spezifizierbar.
- IKZM ist kein eigenes Instrument, sondern ein additiver Ansatz, der sich in bestehende Strukturen einfügen muss.

Bezüglich der inhaltlich-materiellen Handlungsfelder gibt es in den programmatischen Grundlagen eine Vielzahl unterschiedlicher Themen:

- Hafen- und Siedlungsentwicklung
- Küstenschutz
- Fischerei
- Naturschutz
- Tourismus
- Planung und Realisierung von Offshore-Windanlagen
- Leitungstrassen
- Offshore-Rohstoffgewinnung
- Schifffahrt
- Aqua- Marikultur
- Verteidigung
- Verklappung von Baggergut

Die derzeitigen Nennungen sind eher eine offene Sammlung von allen möglichen Inhalten eines IKZM. Das ist insofern folgerichtig, als dass die konkreten Aufgaben, die im Profil eines implementierten IKZM-Prozesses letztendlich enthalten sind, sowieso erst durch regionale Schwerpunktsetzungen konkretisiert werden (müssen). Die Aufzählung optionaler Einsatzmöglichkeiten besitzt demnach eher Beispielcharakter.

Eine Sonderstellung in der Auswertung der einbezogenen Papiere nimmt der Bericht zur Nationalen IKZM-Strategie ein. Die Erwartungen an das Dokument gingen vor allem in zwei Richtungen. Einerseits sollte die Strategie die EU-Rahmenvorgaben für den – mehrere Bundesländer umfassenden – deutschen Küstenraum weiter konkretisieren bzw. anpassen und andererseits IKZM-Gestaltungsoptionen für die Küstenregionen abstecken. Im Ergebnis liefert der aktuelle Stand der Nationalen Strategie zwar eine ausführliche Bestandsaufnahme

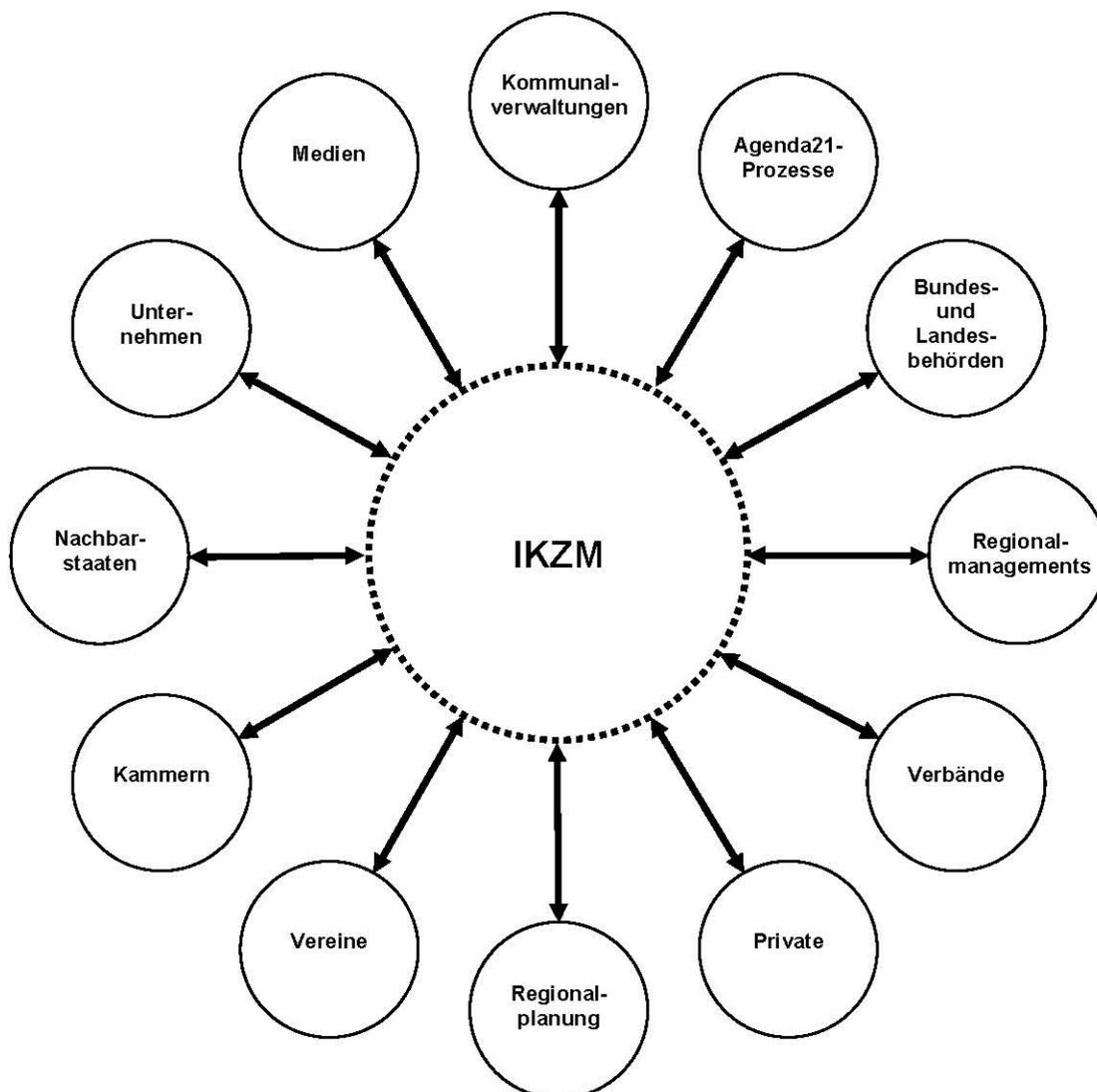
zur Situation an den deutschen Küsten, jedoch kaum operationalisierbare Aussagen zur Umsetzung des IKZM.

Eine Weiterbearbeitung der Nationalen Strategie ist vonnöten. Aus dem Forschungs-Projekt IKZM Oder gibt es für diesbezügliche Ansatzpunkte bereits benannte Vorschläge².

2.2 Implementierungsebene – Strukturen und Akteure in Küstenregionen

Neben der Betrachtung der – rahmensetzenden – definitorischen Vorgaben übergeordneter Ebenen gibt es auf der anderen Seite die regionalen Anforderungen an die IKZM-Gestaltung. Wenn IKZM in deutschen Küstenregionen umgesetzt werden soll, trifft es auf bestehende Strukturen und Konstellationen. In nahezu allen strategischen Aussagen wird die Integrationsfunktion von IKZM als zentrales Element hervorgehoben. Was dies bezüglich der Partizipation der IKZM-Stakeholder bedeutet, verdeutlicht nachfolgende Abbildung:

Abbildung 1: Beispiele von in ein IKZM einzubeziehenden Akteuren



² Dehne, Peter; Fichtner, Timo: Empfehlungen zur Weitergestaltung der Nationalen IKZM-Strategie der Bundesrepublik Deutschland. Neubrandenburg 2008

Die beispielhafte Betrachtung der IKZM-Stakeholder zeigt die Heterogenität der einzubindenden Akteursgruppen (vgl. dazu auch Dehne / Fichtner: Empfehlungen für die Implementierung eines Integrierten Küstenzonenmanagements in der Odermündung. 2008, S. 8):

- Die bestehenden Initiativen und Organisationen agieren in ganz unterschiedlichen inhaltlichen und räumlichen Handlungsebenen.
- Es gibt bei den beteiligten Verwaltungen differenzierte Kompetenzausstattungen und Verantwortlichkeiten sowie Hierarchien, die eine Einbindung in einen informellen Prozess erschweren.
- Es existieren verschiedene organisatorische Grundlagen. Die Akteure fungieren als Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen mit professionellem und/oder ehrenamtlichem Personal, welches in sehr unterschiedlichem Maße über Fachkenntnisse verfügt.
- Bezüglich der Küstenentwicklung existieren oftmals ein ganz konträres Problemverständnis und diskrepante Sichtweisen auf Lösungsverfahren.

Es liegt auf der Hand, dass es entsprechend qualifizierter Ansätze bedarf, die Integration all dieser differenten Akteursgruppen erfolgreich zu bewerkstelligen. Da es ausdrücklich nicht gewünscht ist, über IKZM neue Strukturen aufzubauen, muss bei der Prozessausgestaltung besonderes Augenmerk auf das Know-How der für die IKZM-Umsetzung Verantwortlichen bezüglich des Umgangs mit den Stakeholdern gelegt werden. Moderative und mediative Kompetenzen scheinen dafür wichtigste Parameter zu sein.

3. IKZM-Umsetzung auf regionaler Ebene = Regional Governance im Küstenraum?

Nach den bisherigen Beschreibungen, mit denen IKZM bislang definiert worden ist, sowie den damit verknüpften Zielen und Grundlagen drängt sich der Gedanke auf, dass es sich beim IKZM letztendlich um nichts anderes als einen im Küstenraum umzusetzenden Regional-Governance-Ansatz handelt. Vor allem zum Regionalmanagement gibt es deutliche Ähnlichkeiten (vgl. Bruns 2006, S. 63).

Für den (mittlerweile vielfach) verwendeten Begriff des „Regional Governance“ gibt es bis dato keine eindeutige, allgemein akzeptierte Erklärung. Nichtsdestotrotz haben sich grundlegende Anhaltspunkte, die eine systematische Einordnung des Terminus' in die Politik- und Planungslandschaft zulassen, herauskristallisiert. So werden als wesentliche Merkmale von Regional Governance verstanden, dass

- die Steuerung regionaler Entwicklungsprozesse auch von den Regionen selbst ausgeübt wird (wobei Selbststeuerung hier nicht mit dem – administrativ ausgerichteten – Subsidiaritätsprinzip gleichzusetzen ist, sondern vielmehr vor allem auch nicht-staatliche Akteure einbezogen werden),
- staatliche Institutionen eine andere Rolle ausüben – weg vom hoheitlich-lenkenden Staat hin zu kooperativen (=gleichberechtigten) Formen, in denen administratives Handeln eher eine koordinierende Position einnimmt und
- die Umsetzung vor allem netzwerkbezogen, auf kooperativer und freiwilliger Basis stattfindet.

Obwohl es für den Begriff keine adäquate Übertragung ins Deutsche gibt, lässt sich die Übertragung aufgrund der inhaltlichen Anhaltspunkte am ehesten mit „Regionale Steuerung“ deuten (vgl. Diller: Regional Governance by and with Government. 2005 S. 10).

Solche Prozesse, die auf keiner Gesetzesgrundlage beruhen (für die es mithin keine festgeschriebenen öffentlich-rechtlichen „Spielregeln“ gibt) basieren auf anderen Erfolgsvoraussetzungen als klassische ordnungspolitische Planungsansätze. Eine hierarchische Situation, die klare Entscheidungsstrukturen und -verantwortungen mit sich bringt, existiert (vordergründig) nicht.

Vor allem der Aspekt der Freiwilligkeit bringt einen anderen zentralen Gestaltungsfaktor in die regionale Entwicklungspolitik – das Konsensprinzip, wonach Entscheidungen im Rahmen der regionalen Selbststeuerung (weitgehend) übereinstimmend erfolgen sollten (oder – in abgewandelter Form – per Mehrheitsprinzip mit Entscheidungsmodi nach einfachen Mehrheiten). Diller führt das Festhalten am Konsensprinzip in Regional-Governance-Prozessen vor allem auf das „strategische Paradigma der regionalen Identitätsbildung“ zurück (Diller Regional Governance im Konsens. 2005 S. 257).

Freiwilligkeit als Basis von Regional Governance führt auch zu einer neuen Herausforderung für die Prozesskoordination. Die einzubindenden Akteure, die eben zu einem Großteil nicht-staatlicher Natur sind, müssen für eine Mitwirkung erst gewonnen werden. Dafür sind Überzeugungsarbeit, Argumente, die die Notwendigkeiten und Vorteile solcher Prozesse für die konkrete Region darstellen, sowie entsprechend angepasste Kommunikationsmethoden notwendig (vgl. auch Dehne / Fichtner Empfehlungen für die Implementierung eines IKZM in der Odermündungsregion. 2008, S. 10).

Allerdings stellt Regional Governance selbst noch kein eigentliches Instrument, sondern vielmehr einen regionalbezogenen Politik- bzw. Gestaltungsansatz dar. Als operative Umsetzung lässt sich neben anderen Möglichkeiten das Regionalmanagement charakterisieren (vgl. Diller: Regional Governance by and with Government. 2005 S. 10).

Nicht zuletzt aufgrund der räumlichen Kongruenz zum IKZM (unter Interpretation von Küstenzone als Region) scheint sich das Regionalmanagement als Vergleichsebene anzubieten.

Regionalmanagement kann charakterisiert werden als „die umsetzungsorientierte Initiierung und Weiterführung querschnittsorientierter regionaler Entwicklungsprozesse durch qualifiziertes Personal auf der Grundlage der Entwicklungsvorstellungen regionaler Akteure bei Beachtung externer Rahmenbedingungen.“ (Maier 2000, S.22). Die (projektorientierte) Umsetzungsausrichtung steht demnach beim Regionalmanagement klar im Vordergrund.

Zwischen den bislang festgehaltenen Aspekten zum Integriertem Küstenzonenmanagement und dem Portfolio des Regionalmanagements zeigen sich folglich in den Zielen und Aufgaben Gemeinsamkeiten aber auch gewisse Unterschiede. So ist – gemessen an den analysierten Beschreibungen – dem IKZM im Gegensatz zum Regionalmanagement kein so starker entwicklungs- bzw. projektinitiierender Charakter zuzuschreiben. Vielmehr liegt der Schwerpunkt mehr auf Fragen der Moderation und des Konfliktmanagements (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Regionalmanagement und IKZM

Gemeinsamkeiten	Unterschiede	
	Regionalmanagement	IKZM
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vernetzung regionaler Akteure als Kernaufgabe ▪ Moderation als zentrales Gestaltungsmittel ▪ Informeller Hintergrund ▪ Ähnliche Voraussetzungen als Erfolgsfaktoren (z. B. regionaler Umsetzungs- und Kooperationswille) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionaler Entwicklungsauftrag zumeist im Vordergrund ▪ Projektinitiierung als wichtiges Umsetzungsmittel 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nachhaltigkeitsauftrag deutlicher im Vordergrund (Interessenausgleich / Konfliktmanagement)
	<p>→ pointierter (schwerpunktbezogener) Arbeitsauftrag; Nutzung regionaler Entwicklungspotenziale</p>	<p>→ breit gefächerter Arbeitsauftrag; Ausgleich von Interessen und Konsensschaffung</p>

4. Schlussfolgerungen – Einordnung des IKZM und Anforderungen hinsichtlich einer regionalen Umsetzung

Das IKZM ist in den strategischen Papieren von Bund und Küstenländern bereits als Handlungsinstrument fixiert. Jedoch bleibt weitgehend unklar, wie genau ein laufender IKZM-Prozess aussehen kann und soll.

Gerade die Betonung der Festlegung, dass es sich beim IKZM nicht um einen (eigenständigen) Planungsansatz handelt, führt in der Ausgestaltungsdiskussion tendenziell zu einem „stiefmütterlichen Andocken“ an die Raumordnung. Die Strategie Schleswig-Holsteins empfiehlt zumindest für regionale IKZM-Umsetzungen die Nutzung von informellen Planungsansätzen, wie z. B. Regionalen Entwicklungskonzepten und Regionalmanagements (vgl. Innenministerium Schleswig-Holstein 2003, S.24).

Die analysierten Programme weisen, wenn man die formulierten Intentionen in Gänze betrachtet, eine enorme Bandbreite an Auslegungsmöglichkeiten auf. Das Spektrum reicht von der Lesart, dass IKZM lediglich eine übergeordnete Küstenentwicklungspolitik darstellt, bis zur Interpretation, wonach IKZM auf ein Moderationsverfahren für raumordnerische Festlegungen reduziert wird. Kein einziges Papier tendierte in Richtung einer rechtsverbindlichen Institutionalisierung. Das ist vor allem vor dem Hintergrund der parallel dazu zahlreich diskutierten Gesetzesvorschriften und der mehrfach angedeuteten Option zur Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen interessant. IKZM kann (selbst partiell) nicht die Verantwortung für die Aufstellung gesetzlicher Planwerke, sowohl im Bereich der querschnittsorientierten Raumordnung wie auch bei den Fachplanungen, übernehmen. Dies liegt schon allein in seinem – in allen Papieren betonten – informellen Charakter begründet. Denkbar sind wohl allenfalls Bestimmungen, die eine Wechselbeziehung zwischen Raumplanung und IKZM empfehlen.

Gemessen an der Mehrzahl der mit dem IKZM verknüpften Erwartungen, Aufgaben und der mit seiner Entwicklung verfolgten Ziele, erscheint es sinnvoll, IKZM als küstenspezifischen Regional-Governance-Ansatz zu charakterisieren und zu begreifen. Gerade die Heterogenität der einzubindenden Stakeholder spricht für die großen Schnittmengen von IKZM und Regional Governance. Regional Governance besitzt vor allem Bedeutung bei der (nicht-hierarchisch organisierten) Zusammenarbeit von regionalen Akteuren, „deren unterschiedliche Handlungslogiken institutionalisierte Kooperationen erschweren“ (vgl. Fürst 2003, S. 448).

In der Konsequenz ist dann der wesentliche Kern des Steuerungsverständnisses zum IKZM als regional verankerter und gelenkter Prozess – jenseits einer staatlich-hoheitlichen Planungsinterpretation – aufzufassen. Zentrale Elemente des Ansatzes sind nach dieser Klassifizierung Bausteine wie Information, Moderation, Kommunikation und (weitgehende)

Konsensorientierung. Dass solche unverbindlichen Methoden indirekt, z. B. über die Einbindung administrativer Entscheidungsträger, Wechselwirkungen mit verbindlichen Instrumenten entfalten können (und sollen), bleibt davon unbenommen. Dies wäre demnach eher eine Folge des IKZM und nicht Bestandteil des IKZM selbst.

Die Frage nach der regionalen Umsetzung (oder besser: Umsetzbarkeit) eines IKZM zielt im Wesentlichen darauf ab, den Gestaltungsansatz in die „regionalen Wirklichkeiten“ einzufügen. Das bedeutet, die bestehenden Strukturen beim IKZM-Design als zentralen Maßstab anzulegen (das schließt eine kritische Bewertung des Status Quo nicht aus) und den regionalen Akteuren den Zugang zur (Mit-)Steuerung des IKZM zu ermöglichen. Voraussetzungen dafür sind einerseits ein Problemverständnis seitens der Akteure und der vorhandene Wille zur Kooperation sowie andererseits eine genaue Analyse konkreter regionaler Bedarfe und Anforderungen.

Doch selbst bei Beachtung dieser grundlegenden Ansprüche wird die Integration regionaler Stakeholder kein Selbstläufer sein. Es braucht im Vorfeld der Umsetzung vor allem einen aktiven Akteur als Prozessmotor, der als „Coach“ bzw. „Kümmerer“ diese Aufgaben wahrnimmt und die (notwendige) Lobbyarbeit für die Realisierung eines regionalen IKZM verrichtet. Diese Aufgabe kann unter Umständen von der Wissenschaft wahrgenommen werden. Voraussetzung dafür ist ein stark regionalbezogenes Engagement sowie ein entsprechendes „Mandat“ der regionalen Schlüsselakteure.

Ein wichtiger Baustein, um IKZM auch in der Praxis zu verankern, wird es ferner sein, Wissensdefizite bei den Stakeholdern zu beseitigen (vgl. Bray 2007, S. 15). Dies allein wird jedoch kaum ausreichen. Vielmehr müssen den unterschiedlichen Stakeholder-Ebenen IKZM-bezogene Inhalte zielgruppenspezifisch aufbereitet und kommuniziert werden.

Ferner sollte ein IKZM, das den Anspruch erhebt, regional betroffene Akteure in die Gestaltung mit einzubeziehen, auch nur regional steuerbare Komponenten beinhalten. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass die Motivation der Stakeholder zur Partizipation aufgrund einer – subjektiv und objektiv zu beobachtenden – Effektivitätsverminderung des Instrumentes sinkt. Diese Motivation als Kooperations- und Mitgestaltungswille ist aber eine wesentliche Erfolgsvoraussetzung von informellen – also staatlich nicht reglementierten – regionalen Entwicklungsprozessen.

IKZM als Instrument der Küstenentwicklung muss vor allem im regionalen Zusammenhang geschärft und konkret, das heißt problembezogen, modelliert werden. Das gilt vor allem für die inhaltlich-materiellen Einsatzfelder. Nur dann ist auch ein (echter) Dialog mit Stakeholdern bzw. deren Einbindung in einen realen IKZM-Prozess vorstellbar (vgl. Dehne / Fichtner Empfehlungen für die Implementierung eines Integrierten Küstenzonenmanagements in der Odermündung 2008, S.4). Bruns führt dazu Folgendes

aus: „Nur wenn auch deutlich wird, was konkret IKZM bewegen will und kann, gelingt es auch den Mehrwert, den dieser Managementansatz bietet, herauszustellen. Bislang überwiege die Frage, was IKZM denn eigentlich bringt. Ein weiteres Problem ist in diesem Zusammenhang, dass für die kommunale und/oder regionale Ebene der IKZM-Ansatz sehr abstrakt bleibt. Es fehlt eindeutig eine Operationalisierung der theoretischen Überlegungen.“ (Bruns 2007, S. 6)

Bezüglich der organisatorisch-strukturellen Verankerungsmöglichkeiten von IKZM besteht bei den grundlegenden Strategien von Bund und Ländern noch Handlungsbedarf. Hier sollten den Küstenregionen detailliertere Gestaltungsoptionen für die IKZM-Umsetzung angeboten werden.

Die oftmals eingeforderten Best-Practice- bzw. Leitprojekte zur Etablierung des IKZM an deutschen Küstenregionen (vgl. BMU 2006, S. 83 sowie Bruns 2007, S. 6) erscheinen allerdings nur bedingt für die Weiterqualifizierung des IKZM geeignet. Projekte sind durch die Einmaligkeit ihrer Bedingungen und einen klar definierten Beginn und Abschluss gekennzeichnet. IKZM wird aber bislang in nahezu allen Papieren als langfristiges Instrument nachhaltiger Küstenentwicklung begriffen. Entsprechend können Einzelprojekte zwar Bestandteil einer IKZM-Implementierung sein, die Formulierung bzw. Konkretisierung struktureller Grundlagen jedoch nicht ersetzen.

Verwendete Literatur:

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU): Integriertes Küstenzonenmanagement in Deutschland – Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement. Bonn 2006
- Bray, D. et al.: Perspektiven für deutsche Küstenregionen aus Sicht von Verwaltung und regionalen Interessenvertretern. Geesthacht 2007
- Bruns, Antje: ‚Leuchtturm-Projekte‘ und ‚IKZM-Councils‘: Stand und Perspektiven von IKZM in Deutschland. Geesthacht 2007
- Bruns, Antje: Regional Foresight und Organisationale Lernprozesse im IKZM. In: Licht-Eggert, Katharina; Kannen, Andreas (Hrsg.): Meeresraumordnung und IKZM als Reaktion auf neue Herausforderungen im Meeres- und Küstenraum. Büsum 2006
- Dehne, Peter; Fichtner, Timo: Empfehlungen für die Implementierung eines Integrierten Küstenzonenmanagements in der Odermündung. Neubrandenburg 2008
- Dehne, Peter; Fichtner, Timo: Empfehlungen zur Weitergestaltung der Nationalen IKZM-Strategie der Bundesrepublik Deutschland. Neubrandenburg 2008
- Diller, Christian: Regional Governance by and with Government: Die Rolle staatlicher Rahmensetzungen und Akteure in drei Prozessen der Regionsbildung. Habilitationsschrift an der TU Berlin. Berlin 2005
- Diller, Christian: Regional Governance im Konsens – Das Einstimmigkeitsprinzip in regionalen Entscheidungsprozessen. In: Raumplanung, Zeitschrift des Informationskreises für Raumplanung e.V., Nr.123. Dortmund 2005
- Europäische Kommission, Generaldirektionen Umwelt, nukleare Sicherheit und Katastrophenschutz, Fischerei, Regionalpolitik und Kohäsion: Eine europäische Strategie für das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM): Allgemeine Prinzipien und politische Optionen. Luxemburg 1999
- Firn, John et al.: An assessment of the socio-economic costs & benefits of integrated coastal zone management. Final report to the European Commission. Ohne Ortsangabe 2000
- Fürst, Dietrich: Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Aktionsraum Region - Regional Governance. Informationen zur Raumentwicklung 8/9 2003. Bonn 2003
- Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Integriertes Küstenzonenmanagement in Schleswig-Holstein. Kiel 2003

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Raumordnungsbericht Küste und Meer.
Kiel 2006

Maier, J.; Obermaier, F.: Regionalmanagement in der Praxis: Erfahrungen aus Deutschland
und Europa. Bayreuth, München 2000

Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern:
Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2005

Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz (Regierungsvertretung Oldenburg): Raumordnungskonzept für das
niedersächsische Küstenmeer – Stand 2005.

Anhang 1: IKZM-Definitionen nach Administrationsebenen

Ebene	Quelle	IKZM-Definition
EU	Europäische Kommission – Eine europäische Strategie für das IKZM (1999)	„IKZM ist ein dynamischer, kontinuierlicher und iterativer Prozeß, durch den das nachhaltige Küstenzonenmanagement gefördert werden soll. ... Obwohl sich das IKZM auf das „Management“ bezieht, deckt der IKZM-Prozeß tatsächlich den gesamten Zyklus von Informationssammlung, Planung, Entscheidungsfindung, Management und Überwachung der Umsetzung ab. „Planung“ wird folglich im weitesten Sinne als strategische Politikentwicklung verstanden, nicht nur als Raumplanung oder sonstige sektorbezogene Planung.“
Bund	Nationale IKZM-Strategie, BMU (2006)	„IKZM ist ein informeller Ansatz, der durch gute Integration, Koordination, Kommunikation und Partizipation eine nachhaltige Entwicklung des Küstenbereichs unterstützen will. IKZM ist zum einen ein Prozess, der als Leitbild alle Planungs- und Entscheidungsbereiche durchdringen soll und zum anderen ein Instrument der integrierten Identifikation von Entwicklungsmöglichkeiten und Konfliktpotenzialen sowie der Konfliktlösung.“
Mecklenburg-Vorpommern	Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (2005)	„Das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM) soll dazu beitragen, die unterschiedlichen Raumnutzungsansprüche und Entwicklungen in der Küstenzone konfliktarm zu gestalten.“
Niedersachsen	Raumordnungskonzept für das niedersächsische Küstenmeer (Stand 2005)	Keine Definition
Schleswig-Holstein	Raumordnungsbericht Küste und Meer (2006)	„IKZM ein Kommunikationsprozess, durch den die besonderen Potenziale der Küstenzonen identifiziert und in das öffentliche Bewusstsein transportiert sowie Lösungen für Konflikte entwickelt werden sollen. Durch Information, Abstimmung und Zusammenarbeit aller Beteiligten soll eine größtmögliche Akzeptanz der Planungen und Projekte erreicht werden.“
Schleswig-Holstein	IKZM in Schleswig-Holstein (2003)	Übernahme der Definition der Europäischen Kommission von 1999

Anhang 2: Aufgaben, Grundsätze und Handlungsprinzipien zum IKZM

Ebene	Quelle	IKZM-Aufgaben und -inhalte	Handlungsprinzipien, Grundsätze, Organisation
Bund	Nationale IKZM-Strategie, BMU (2006)	<p>nachhaltige Entwicklung des Küstenbereichs mit seinen spezifischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Eigenschaften</p> <p>Leitbild für politisches und gesellschaftliches Handeln auf allen Ebenen im Küstenbereich</p> <p>Erfassen von Entwicklungspotenzialen</p> <p>Erarbeitung konsensfähiger Lösungen</p> <p>Konfliktmanagement</p> <p>Kommunikation mit Stakeholdern</p>	<p>Ganzheitlicher Ansatz für Land- und Seeseite</p> <p>umfassende Betrachtungsweise durch Integration aller Belange</p> <p>Einbeziehung aller relevanten Politikbereiche, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure, gesellschaftlichen Gruppen und Verwaltungsebenen</p> <p>kontinuierlicher Prozess</p> <p>offener Dialog aller Akteure</p> <p>gleichberechtigte Abwägung verschiedener Belange</p> <p>horizontale und vertikale Integration</p> <p>IKZM ist kein eigenständiges formales Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium</p>
Mecklenburg-Vorpommern	Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (2005)	<p>Raumnutzungsansprüche im Küstenmeer sind aufeinander abzustimmen</p> <p>Aufzählung sektoraler Belange: Windenergieeignungsgebiete, Leitungstrassen, Gebiete für Naturschutz, Tourismus und Rohstoffsicherung, Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs, der Erhaltung von Kulturgütern, der Erhaltung und Weiterentwicklung der Fischerei, der raumverträglichen Anordnung der Aquakulturen, der Verteidigung und einer raumverträglichen Verklappung von Baggergut</p>	keine
Niedersachsen	Raumordnungskonzept für das niedersächsische Küstenmeer (Stand 2005)	Vor allem Betonung der Fischerei als wichtiges IKZM-Handlungsfeld	keine

Schleswig-Holstein	Raumordnungsbericht Küste und Meer (2006)	Konfliktminimierung und -lösung (für Raumnutzungen)	<p>Integration</p> <p>Information</p> <p>Kooperation</p> <p>Partizipation</p> <p>Koordination</p> <p>Kontinuität</p>
Schleswig-Holstein	IKZM in Schleswig-Holstein (2003)	<p>systematische Steuerung aller raumbedeutsamen Entwicklungen in der Küstenzone einschließlich des angrenzenden Meeresbereichs</p> <p>Formulierung von Zielvorstellungen und deren Umsetzung bezüglich der Bewirtschaftung und Verwaltung und des Schutzes der vorhandenen Ressourcen</p> <p>Abwägung verschiedener Nutzungsansprüche – vor allem wirtschaftlicher Nutzungen – insbesondere unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Küstenschutzes und der Ziele und Erfordernisse des Naturschutzes</p>	<p>Abstimmung und Zusammenarbeit aller Beteiligten</p> <p>Ganzheitlichkeit (sachlich und räumlich), integrative Betrachtung von Land und Meer</p> <p>Einbeziehung aller relevanten Politikbereiche, wirtschaftlichen Akteure, gesellschaftlichen Gruppen und Verwaltungsebenen durch Information, Abstimmung und Zusammenarbeit</p> <p>Gleichgewichtige Abwägung ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange</p> <p>Vertikale und horizontale Vernetzung Partizipation - Einbindung der regionalen Akteure</p> <p>Umsetzung des IKZM durch die Optimierung bestehender Planungs- und Entscheidungsstrukturen</p> <p>keine neuen Gremien und Beiräte</p> <p>Teilbereich der Raumordnung, mit sowohl ordnungs- als auch entwicklungspolitische Teilaspekten</p>